

Name: _____ Vorname: _____ Geb.-Datum: _____

Sie sind gegenüber des Personalauswahlzentrums der Feuerwehr Hamburg verpflichtet, alle gegen Sie gerichteten polizeilichen, staatsanwaltschaftlichen oder gerichtlichen Verfahren anzugeben. Hierbei ist es unerheblich, ob diese Verfahren abgeschlossen, gänzlich eingestellt oder nur eingestellt wurden, weil Sie eine Geldbuße gezahlt oder eine andere Leistung, z. B. gemeinnützige Arbeit, erbracht haben. Auch laufende Verfahren sind anzugeben.

Hinweis: Sollte eine Eintragung über eine Verurteilung im Bundeszentralregister getilgt worden sein, so sind Sie abweichend von § 51 Absatz 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) aufgefordert, die frühere Tat und die Verurteilung mitzuteilen, damit eine Überprüfung der Ausnahme des Verwertungsverbotes (§52 Absatz 1 Nummer 4 BZRG) vorgenommen werden kann.

Sie sind im Bewerbungsverfahren zur Mitwirkung verpflichtet. Falsche oder unvollständige Angaben können zur Ablehnung Ihrer Bewerbung führen. Beantworten Sie die nachfolgenden Fragen wahrheitsgemäß.

1. Hat die Polizei oder die Staatsanwaltschaft zu irgendeinem Zeitpunkt strafrechtlich gegen Sie ermittelt oder waren Sie Beschuldigter oder Angeklagter in einem Strafverfahren? Wie sind die Verfahren abgeschlossen worden (Einstellung, Freispruch oder Verurteilung)?

JA NEIN

Wenn ja: Aktenzeichen und Anschrift der Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Tatzeit, Tatvorwurf und Verfahrensausgang (Einstellung, Freispruch, Verurteilung) angeben und Unterlagen beifügen!

2. Sind gegen Sie darüber hinaus strafprozessuale Maßnahmen (Identitätsfeststellung, Festnahme, Durchsuchung, Vernehmung etc.) gerichtet gewesen?

JA NEIN

Wenn ja: Angaben zu der Maßnahme/den Maßnahmen

3. Wurde gegen Sie zu irgendeinem Zeitpunkt ein Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit dem Führen von Fahrzeugen unter dem Einfluss von berauschenden Mitteln (Alkohol und/oder Betäubungsmitteln) geführt? Auch eingestellte Verfahren sind mit dem Grund der Einstellung anzugeben!

JA NEIN

Wenn ja: Aktenzeichen und Anschrift der Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht, Bußgeldstelle, Tatzeit, Tatvorwurf und Verfahrensausgang angeben und Unterlagen beifügen!

Sie sind verpflichtet, neue polizeiliche, staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Verfahren, die gegen Sie geführt werden und Ihnen während des Bewerbungsverfahrens bekannt werden, umgehend mitzuteilen.

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Soweit der/die Bewerber/-in das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat:

Bewerberin/Bewerber:

Ich, _____ (Vorname, Name) erkläre hiermit, dass ich meine Eltern/gesetzlichen Vertreter nach gegen mich gerichteten Ermittlungsverfahren inklusive Vorladungen und Einstellungsbescheiden befragt habe.

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Eltern/gesetzliche Vertreter (Unterschrift beider Elternteile/gesetzlicher Vertreter erforderlich):

Ich erkläre hiermit, dass ich meiner Tochter - meinem Sohn - meinem Mündel alle gegen sie/ihn/es gerichteten Ermittlungsverfahren mitgeteilt habe. Dies umfasst auch die Mitteilung von Vorladungen oder Einstellungsschreiben an meine Tochter - meinen Sohn - mein Mündel.

Ort, Datum: _____ Unterschrift der Mutter/gesetzlicher Vertreter: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift des Vaters/gesetzlicher Vertreter: _____